



"Subventionsgrab Paläon"

Bund der Steuerzahler gegen Übernahme des Schöninger Speere-Museums durch das Land Niedersachsen

Hannover, den 23. Oktober 2018 – Der Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen sieht in den Bestrebungen des Niedersächsischen Wissenschaftsministeriums, das Forschungs- und Erlebniszentrum Paläon in das Landesamt für Denkmalpflege zu integrieren, die Errichtung eines dauerhaften Subventionsempfängers. "Mit der Übernahme der laufenden Betriebskosten durch das Land wird ein politisches Versprechen gebrochen", erklärt Vorsitzender Bernhard Zentgraf. Die damalige Wulff-Regierung habe im März 2009 für das "Leuchtturmprojekt Schöninger Speere" einen Investitionszuschuss von 15 Millionen Euro bewilligt und damit die Erwartung verknüpft, dass sich die Präsentation der weltgeschichtlich bedeutenden archäologischen Funde wegen seiner regionalwirtschaftlichen und touristischen Potenziale selbst trage. "Unsere Befürchtungen vor einer Dauersubventionierung der Schöninger Ausstellung wurden seinerzeit von politischer Seite beiseite gewischt", ärgert sich Zentgraf.

Der Bund der Steuerzahler hatte im Jahr 2009 vorgeschlagen, die Schöninger Speere im Braunschweiger Landesmuseum auszustellen und auf ein Erlebniszentrum am Rande des Schöninger Braunkohletagebaus zu verzichten. Er warnte vor erheblichen Folgekosten durch das Projekt. Tatsächlich hatte das Land Niedersachsen die Verluste der Paläon GmbH in Schöningen in den Jahren 2017 und 2018 mit jeweils 500.000 Euro ausgeglichen. Zuschüsse in etwa gleicher Höhe steuerten der Landkreis Helmstedt und die Stadt Schöningen gemeinsam bei.

Der Bund der Steuerzahler befürchtet, dass mit der Paläon-Übernahme durch das Landesamt für Denkmalpflege die Betriebskosten des Ausstellungsbetriebs mit den Kosten für die archäologische Forschung vermischt werden. "Bei institutioneller Förderung und angesichts des riesigen Etats des Wissenschaftsressorts gehen die Defizite des öffentlichen Ausstellungsbetriebes in Schöningen unter", erklärt Zentgraf. Wirtschaftliche Analysen würden erschwert und damit der Boden für millionenschwere Dauersubventionen bereitet. Damit schwinde letztlich auch der Zwang zur Verbesserung des Kostendeckungsgrades des Paläon.

Der Bund der Steuerzahler sieht die bisherigen Gesellschafter des Schöninger Speere-Zentrums, vorrangig den Landkreis Helmstedt, die Stadt Schöningen, den Förderverein Schöninger Speere, die Braunschweigische Stiftung, die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz und die "Allianz für die Region" in der Pflicht, auch in finanzieller Hinsicht für das Erlebniszentrum geradezustehen. Sie dürften sich jetzt nicht aus der Verantwortung für das Paläon stehlen, meint Zentgraf.